

5896/AB XX.GP

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Van der Bellen, Freundinnen und Freunde
betreffend die Maßnahmen und Vorbereitungen zum Jahr - 2000 - Problem
(Nr. 6248/J)

Die Verantwortungsträger meines Ressort waren sich schon frühzeitig der Jahr - 2000 - Problematik bewußt und haben die Bediensteten hinsichtlich dieses Themas rechtzeitig sensibilisiert. Bereits 1997 wurde eine Arbeitsgruppe mit der Analyse aller Komponenten in der Zentralstelle, den Bundessozialämtern und den Arbeitsinspektoren sowie der Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges beauftragt. Darüber hinaus wurden die Bundesanstalten im Gesundheitsbereich zu entsprechenden Maßnahmen aufgefordert.

Zu den einzelnen Fragen führe ich folgendes aus:

Zu Frage 1:

Hinsichtlich der im Bereich meines Ressorts ergriffenen Maßnahmen verweise ich auf meine Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Dr. Povysil, Mag. Haupt, Dr. Pumberger, Dr. Salzl, Dr. Kurzmann und Kollegen betreffend das Jahr - 2000 - Problem oder „Y2K“ in der Bundesverwaltung (Nr. 6115/J); die angesprochene Anfrage samt deren Beantwortung liegt bei.

Zu Frage 2:

Die Vorbereitungen sind abgeschlossen, die Umsetzung ist im Gange. Die Tests und die Notfallsplanung werden im 2. Halbjahr fortgesetzt.

Zu Frage 3:

Da ein wesentlicher Teil der Anpassungen im Rahmen der üblichen Updates und Wartungsarbeiten erfolgt, ist eine eindeutige Zuordnung zu Jahr - 2000 - Umstellungs - kosten nicht möglich.

Zu Frage 4:

Die bisher durchgeführten Testläufe und Vorbereitungen haben keine Probleme auf - gezeigt; die Systeme haben nicht fehleranfällig reagiert.

Zu Frage 5:

Im Bereich des Gesundheitswesens sind in den medizinischen Einrichtungen (z.B. Krankenanstalten, Ordinationen ...) Infrastruktureinrichtungen und Medizinprodukte mit integrierten Soft - bzw. Hardwarekomponenten potentiell von der Problematik der Jahr 2000 - Umstellung betroffen.

Zu den Fragen 6 bis 10:

Hinsichtlich dieser Fragen verweise ich auf die durch mich erfolgte Beantwortung der Frage 3 der parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dr. Povysil, Mag. Haupt, Dr. Pumberger, Dr. Salzl, Dr. Kurzmann und Kollegen betreffend das Jahr - 2000 - Problem oder „Y2K“ in der Bundesverwaltung (Nr.6115/J). Dabei ist ergänzend auf den Umstand zu verweisen, daß auch die Erstellung der entspre - chenden Notfallplanungen in den Zuständigkeitsbereich der Länder fällt. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden verweise ich zusätzlich auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zu der Frage 12 der Anfrage Nr. 6244/J.

Beilage

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Povysil, Mag. Haupt,
Dr. Pumberger, Dr. Salzl, Dr. Kurzmann und Kollegen betreffend
das Jahr - 2000 - Problem oder „Y2K“ in der Bundesverwaltung
(Nr. 6115/J)

Die Verantwortungsträger meines Ressorts waren sich schon frühzeitig der Jahr - 2000 - Problematik bewußt und haben die Bediensteten hinsichtlich dieses Themas rechtzeitig sensibilisiert. Bereits 1997 wurde eine Arbeitsgruppe mit der Analyse aller Komponenten in der Zentralstelle, den Bundessozialämtern und den Arbeitsinspektoraten sowie der Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges beauftragt. Darüber hinaus wurden die Bundesanstalten im Gesundheitsbereich zu entsprechenden Maßnahmen aufgefordert.

Zur den einzelnen Fragen führe ich folgendes aus:

Zu Frage 1:

Im Rahmen der bereits erwähnten Arbeitsgruppe wurde eine Inventarisierung der EDV - Komponenten vorgenommen und entsprechende Hersteller - bzw. Firmenanfragen in Hinblick auf die Jahr - 2000 - Fähigkeit durchgeführt. Wo keine Jahr - 2000 - Fähigkeit gegeben ist, werden entsprechende Upgrades vorgenommen.

Parallel zur Prüfung der Jahr - 2000 - Fähigkeit der einzelnen EDV - Komponenten ist es aber darüber hinaus notwendig, auch die Schnittstellen dieser Produkte zueinander zu überprüfen. Zu diesem Zwecke erfolgte die Analyse von Geschäftsprozessen und Funktionsbereichen, die in Prioritätenklassen eingeteilt wurden. Die wichtigsten Prozesse und Funktionsbereiche werden - zum Teil in Zusammenarbeit mit den Herstellern - Tests unterzogen, die im 3. Quartal 1999 abgeschlossen sein werden. Die bisherigen Tests brachten positive Ergebnisse. In jenen Bereichen, wo keine Tests möglich sind, wird auf diestelleraussagen zurückgegriffen.

Im Gesundheitsbereich werden bereits seit 1993 Datenbanken und Informationssysteme sukzessive umgestellt. Mitte 1998 wurde der Hauptlieferant für Server- und Netzwerkebene mit einem speziellen 'Year 2000 System Healthcheck' zur Gewinnung von detaillierten Entscheidungsgrundlagen für eventuelle Umstellungsmaßnahmen beauftragt. Die Durchführung der erforderlichen Upgrades ist größtenteils abgeschlossen. Die nachgeordneten Dienststellen im Gesundheitsbereich - das sind die Bundesanstalten - wurden im Sinne der IT-Koordination des Gesundheitsbereichs zu entsprechenden Maßnahmen aufgefordert.

Die Migration von teilweise seit 1980 in Betrieb befindlichen Anwendungen auf Jahr-2000-fähige Plattformen und Technologien ist größtenteils abgeschlossen. Bezüglich der EU-Netze und EU-Datenbanken, an denen mein Ressort beteiligt ist, wurden während der Ratspräsidentschaft entsprechende Schritte gesetzt. Die Jahr-2000-Fähigkeit ist auch in diesem Bereich bereits weitgehend gegeben.

Die Y2K-Tests im Bereich der Sozialversicherungsträger wurden schon 1996 begonnen und werden mit Sicherheit im 4. Quartal 1999 abgeschlossen sein. Auch dort wurden Hardwarekomponenten, die nicht Y2K-fähig sind, ausgetauscht bzw. aufgerüstet. Die im Einsatz befindliche Software wurde bzw. wird ebenfalls umfangreich getestet und erforderlichenfalls angepaßt.

Das Arbeitsmarktservice Österreich hat im Zuge des Teilprojektes Jahr 2000 als Teil des EDV-Projektes AMS 2000 eine Test-Geschäftsstelle errichtet, in der alle Komponenten (Hard- und Software), die im Arbeitsmarktservice im Einsatz sind, installiert wurden. Darüber hinaus wurde der Einsatz eines Testsystems, das den zentralen Rechner (Host) simuliert, vorbereitet. In dieser Test-Geschäftsstelle werden bis zum Jahresende laufend umfassende Tests inklusive verschiedener Zeitreisen (z. B. Jahreswechsel, 29.2.2000) durchgeführt. Die Ergebnisse liegen somit rechtzeitig vor, um allenfalls noch reagieren zu können.

Zu Frage 2:

Auch für die technische Infrastruktur dieser Anlagen, wie unterbrechungssichere Stromversorgungsanlagen (USV-Anlagen), Klimaanlage, Rechnerraum-Zutrittskontrollsysteme usw. wurden Herstellerangaben eingeholt und Tests, sofern dies technisch überhaupt möglich ist, durchgeführt.

Zu Frage 3:

Einleitend möchte ich darauf aufmerksam machen, daß hinsichtlich der Krankenkassen dem Bund aufgrund der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung nur die Grundsatzgesetzgebung zukommt. Die Ausführungsgesetzgebung und der Vollzug sind Sache der Länder.

Im Bereich der medizinischen Geräte wurden seitens meines Ressorts bei Fachtagungen die einschlägigen Fachkreise (u.a. Österreichischer Verband der Krankenhaustechnikerinnen ÖVKT, Technische Sicherheitsbeauftragte) seit Herbst 1997 wiederholt auf die bestehende Problematik aufmerksam gemacht.

Mit Schreiben vom 27. November 1998 wurden im Wege der Ämter der Landesregierungen nochmals alle Einrichtungen des Gesundheitswesens über die Problematik der Jahr 2000 Umstellung im Medizinproduktebereich informiert und dazu aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Weiters wurden die Länder aufgefordert, in ihrem Wirkungsbereich den Fortschritt der Risikobewertung bei relevanten Hard- und Softwarekomponenten und den Fortgang der erforderlichen Schutzmaßnahmen für die Patientensicherheit im Hard- und Softwarebereich zu erheben und zu überwachen. Dabei wurde auch auf besonders wichtige internationale Internetadressen mit hilfreichen Informationen zur "Jahr 2000 - Kompatibilität" für den medizintechnischen Bereich, insbesondere auch mit umfangreichen Herstellerinformationen, hingewiesen sowie auf das Erfordernis verbindlicher „Jahr 2000 kompatibilitätsbescheinigungen“ aufmerksam gemacht.

Die von meinem Ressort durchgeführten Recherchen bzw. vorliegende Rückmeldungen haben ergeben, daß im Bereich zahlreicher Krankenanstaltenträger bereits seit längerer Zeit einschlägige Arbeitsgruppen und Berichte zur „Jahr 2000 Problematik“ im Medizinproduktebereich existieren und sehr intensiv an der Abwehr von möglichen Y2K - Problemen gearbeitet wird. Mein Ressort wird auch weiterhin im Wege der Länder auf einen zeitgerechten Abschluß der Evaluierungs- und Schutzmaßnahmen in den Gesundheitseinrichtungen drängen.

Zu Frage 4:

Der Vorwurf gegenüber dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ist unbegründet: Mit Rundschreiben vom 18. August 1998 wurde vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger bei allen Sozialversicherungsträgern eine Erhebung des aktuellen Stands der Umstellungsarbeiten durchgeführt. Am 4. November 1998 wurde vom Präsidenten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger ein Fragebogen im Zusammenhang mit der Datumsumstellung an alle Obmänner der Sozialversicherungsträger ausgesandt, mit dem neuerlich der Stand der Umstellungsarbeiten erhoben wurde. Der Aufsichtsbehörde sind all diese Aktivitäten bekannt; ein Einschreiten erübrigt sich daher.

Zu Frage 5:

Die Eigenleistungen der Sozialversicherungsträger werden nach letzten Schätzungen etwa 1.500 bis 1.800 Personenmonate betragen.

Zu Frage 6:

Die Fremdleistungen der Sozialversicherungsträger werden nach letzten Schätzungen etwa 300 bis 400 Personenmonate betragen.

Zu Frage 7:

Da ich davon ausgehe, daß mit dieser Frage das Staatliche Krisenmanagement angesprochen werden soll, verweise ich hinsichtlich dieser Frage auf die durch den Herrn Bundeskanzler erfolgte Beantwortung der Frage 5 der Anfrage Nr.6111/J.

Zu Frage 8:

Auch für Anlagen in Außenstellen gelten die zur Frage 1 getroffenen Aussagen.

Zu Frage 9:

Für Büromaschinen und andere technische Geräte wurden von den entsprechenden Hersteller - bzw. Zulieferfirmen rechtsverbindliche, schriftliche Erklärungen betreffend der Jahr - 2000 - Fähigkeit eingeholt. Alle Rückmeldungen waren positiv.

Tests sind Großteils nicht möglich, da keine manuelle Datumsumstellung möglich ist bzw. eine Kosten/Nutzen - Abwägung dagegen spricht.

Zu Frage 10:

Die Gebäudeverwaltungen sind für Sicherheitsfragen hinsichtlich der in öffentlichen Gebäuden untergebrachten Dienststellen zuständig. Demnach liegt in diesem Bereich die Verantwortung bei der dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten unterstehenden Bundesbaudirektion. Für den Bereich meines Ressorts wurden die Gebäudeverwaltungen um Stellungnahme hinsichtlich der Jahr - 2000 - Fähigkeit der Sicherheitsanlagen gebeten. Die Rückmeldungen waren positiv, einige sind noch ausständig und werden urgirt.

Bei Dienststellen die in privaten Gebäuden eingemietet sind wurden die zuständigen Hausverwaltungen aufgefordert hinsichtlich der Jahr - 2000 - Fähigkeit der Sicherheitsanlagen eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Bis dato waren alle eingegangenen Rückmeldungen positiv einige Rückmeldungen sind noch ausständig und werden ebenfalls urgirt.

Zu Frage 11:

Auch für die Kommunikationsanlagen der in öffentlichen Gebäuden untergebrachten Dienststellen sind die Gebäudeverwaltungen zuständig; demnach liegt die Verantwortung in diesem Bereich ebenfalls bei der Bundesbaudirektion. Auch bezüglich der Kommunikationsanlagen wurden die Gebäudeverwaltungen um Stellungnahme hinsichtlich der Jahr - 2000 - Fähigkeit ersucht, wobei die Rückmeldungen positiv waren, einige jedoch noch ausständig sind und urgirt werden.

Bei Dienststellen in privaten Gebäuden obliegt die Betreuung der Kommunikationsanlagen größtenteils ebenfalls der Gebäudeverwaltung des Bundes. Die übrigen in privaten Gebäuden untergebrachten Dienststellen verlangten von den Kommunikationsanlagen - Herstellern schriftliche Stellungnahmen hinsichtlich der Jahr - 2000 - Fähigkeit. Bis dato waren alle eingegangenen Rückmeldungen positiv, noch ausständige Rückmeldungen werden urgirt.

Für den Bereich der EDV - Nah - und Fernverkehrsnetzwerke wurden alle Komponenten von meinem Ressort bei der Analyse und Inventarisierung aller EDV - Komponenten und bei der Einholung entsprechender Herstellerankünfte mitberücksichtigt. Notwendige Umstellungsarbeiten wurden vorgenommen und sind bereits abgeschlossen, Testungen verschiedener Komponenten (Router, Gateways, etc.) erfolgen und werden im 3. Quartal 1999 abgeschlossen werden.

Zu den Fragen 12 und 13:

Es sind keine derartigen Geschäfts - und Kooperationspartner bekannt.

Zu Frage 14:

Bei Ausschreibungen und Neubeschaffungen, bei denen das Jahr - 2000 - Problem relevant sein kann, wird die Jahr - 2000 - Fähigkeit gefordert und in der Folge fixer Bestandteil der Verträge. Die im Bereich der ADV - Beschaffung des Ressorts üblicherweise verwendete Definition der Jahr - 2000 - Fähigkeit lautet dabei:

„Jahr - 2000 - Fähigkeit“ bedeutet insbesondere, daß weder die Leistung noch die Funktionsfähigkeit der gelieferten Komponenten durch Datumswerte vor, während oder nach dem Jahr 2000 beeinträchtigt werden.

Dies beinhaltet unter anderem:

1. Kein Wert des aktuellen Datums darf eine Betriebsstörung verursachen.
2. Die datumsbezogene Funktionalität muß sich für Datumsangaben vor, während und nach dem Jahr 2000 konsistent verhalten.
3. In allen Schnittstellen und Datenspeichern muß das Jahrhundert in jeder Datumsangabe entweder ausdrücklich oder durch eindeutige Algorithmen

oder Zuweisungsregeln spezifiziert sein. Diese Regeln müssen offengelegt sein.

4. Das Schaltjahr muß als Schaltjahr erkannt werden.
5. Spezielle Jahreszahlen oder Datumswerte werden in keinem Fall mit zusätzlichen semantischen Bedeutungen verknüpft (z.B. „9.9.99“ „kein Ablaufdatum gesetzt“, „1.1.00“ Datum nicht ausgefüllt“, etc.).“

Zu den Frage 15, 16, 17 und 19:

Im Rahmen der angeführten Arbeitsgruppe erfolgte eine Analyse der ADV - Geschäftsprozesse und Funktionsbereiche. Diese wurden in Folge in Prioritäten - klassen eingeteilt, wobei die Kriterien für die Zuordnung das Risiko, daher die möglichen Auswirkungen einer Nicht - bzw. Fehlfunktion waren. Dabei wurden insbesondere auch die möglichen Auswirkungen derartiger Fehlfunktionen auf die Kunden des Ressorts berücksichtigt. Diese Prioritätenklasseneinteilung gibt die Prioritäten - reihung für Testung und Notfallspläne vor.

Zu den Fragen 18 und 23:

Die Risiken sind weitgehend bekannt, aufgrund der Fülle und Komplexität des Sachverhaltes ist eine vollständige Auflistung sämtlicher Risiken nicht möglich. Da alle Zulieferfirmen die Jahr - 2000 - Fähigkeit ihrer Produkte bestätigten, kann jedoch grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß deren volle Funktionsfähigkeit gegeben ist.

Zu Frage 20:

Im Rechenzentrum des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales existieren keine Anwendungen, auf die ein Direktzugriff durch ressortfremde User vorgesehen ist.

Zu Frage 21:

Auch für Datenträger und Anwendungen gelten die zur Frage 1 getroffenen Aussagen.

Zu Frage 22:

Es gibt für Tests einen gemeinsamen Zeitplan mit externen Partnern (z.B. Österreichisches Statistisches Zentralamt, Bundesministerium für Finanzen/Bundesrechnungszentrum), wobei die Tests im 3. Quartal 1999 abgeschlossen sein werden.

Zu den Fragen 24 und 25:

Y2K - Checklisten werden regelmäßigen Reviewing - Prozeduren unterzogen und schriftlich aktualisiert. Auch bei positiven Herstelleraussagen werden diese regelmäßig auf allfällige Änderungen geprüft und Testungen laufend weitergeführt.

Zu Frage 26:

Zu den kritischen Zeitpunkten wird ein Großteil der ADV - Mitarbeiter/innen des Ressorts Dienst versehen und gemeinsam mit einigen Vertretern/innen aus den Fachbereichen erste Funktionstests durchführen. Weiters wurde bereits eine Bereitschaft wichtiger Service - Firmen geordert. Die Überstunden werden aus dem vorhandenen Überstundenkontingent und die sonstigen Kosten aus dem laufenden Budget getragen.

Zu Frage 27:

Zu dieser Frage möchte ich auf die bisherigen Ausführungen verwiesen. Konkret wurden etwa die Anwendungen „Zentrales Arbeitsinspektorat“, „Ausländerbeschäftigung“ und das „Pharmazeutische Informationssystem“ in Hinblick auf das Jahr 2000 umgestellt.

Zu Frage 28:

Die Definition von Geschäftsprozessen und der darauf aufbauenden Testung beinhaltet auch die Überprüfung und Testung von Schnittstellen.

Die Koordination der EU - weiten Maßnahmen erfolgte schwerpunktmäßig während der Ratspräsidentschaft, laufende Maßnahmen sind in Umsetzung.

Zu Frage 29:

Ich verweise auf die Antworten zu den Fragen 1 und 28.

Zu Frage 30:

Verschiedene COBOL - Datenbankanwendungen auf Basis VAX/RDB wurden im Zeitraum von 1995 bis ins 2. Quartal 1999 erfolgreich abgelöst.

Zu Frage 31:

Die Finanzierung erfolgt aus dem laufenden Budget. Investitionen wurden zum Teil aufgrund der Jahr - 2000 - Problematik vorgezogen. Ein wesentlicher Teil der Anpassungen erfolgt im Rahmen der üblichen Updates und Wartungsarbeiten und ist daher nicht eindeutig den Jahr - 2000 - Umstellungskosten zuordenbar.

Zu Frage 32:

Ein Jahr - 2000 - Test inkludiert auch die Schaltjahrproblematik. Hinsichtlich der vertraglichen Definition der Jahr - 2000 - Fähigkeit verweise ich auf die Aussagen zu Frage 14.

Zu Frage 33:

Die IT - Planung und - Koordination des Ressorts erfolgt weitgehend zentral durch die Zentralstelle, dies umfaßt auch die Testplanung. Den Bundesanstalten wird auf Anforderung entsprechende Unterstützung geboten.

Zu Frage 34:

Hinsichtlich dieser Frage verweise ich auf die durch den Herrn Bundeskanzler erfolgte Beantwortung der Frage 32 der Anfrage Nr.6111/J.

Zu Frage 35:

Abgesehen davon, daß eine fördernde Stelle im allgemeinen keine Informationen über die beim Förderungsempfänger allenfalls verwendeten Applikationen hat bzw. haben kann, gibt es auch keine rechtliche Handhabe, bei der geförderten Person bzw. Institution eine Überprüfung hinsichtlich der Jahr - 2000 - Tauglichkeit ihrer EDV - Anlagen durchzuführen. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß im Fall des Scheiterns eines Projektes die Fördermittel nicht oder nur entsprechend vermindert gebühren; somit liegt die Verantwortung und das Risiko hinsichtlich der Jahr - 2000 - Tauglichkeit dieser EDV - Anlagen beim Förderungsempfänger.